



# perspektiefe

## THEMA: FINANZ- UND WIRTSCHAFTSKRISE



### Liebe Leserin, lieber Leser,

die Finanz- und Wirtschaftskrise bestimmt seit Herbst 2008 die öffentliche Diskussion. Fast täglich hören wir von neuen Hiobsbotschaften. Dabei wird mit Milliardensummen operiert, bei denen uns unheimlich wird. Die entscheidende Frage ist für uns, ob die Erschütterung, die durch die Krise ausgelöst wurde, dazu genutzt wird, langfristige und zukunftsfähige Investitionen und Regularien einzusetzen. Das Zeitfenster für Veränderungen ist kurz, wir dürfen es nicht ungenutzt verstreichen lassen! Deshalb plädieren wir in dieser Ausgabe für eine weitsichtige Politik!

Gundel Neveling,  
Leiterin des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung

## DIE KRISE findet überall und gleichzeitig statt

Interview mit Prof. Dr. Reinhard Schmidt, Lehrstuhl für Internationales Bank- und Finanzwesen an der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt a. M.

> „Die Krise“ ist inzwischen zu einem schillernden Begriff mit vielen Facetten geworden. Mit was für einer Krise haben wir es eigentlich heute zu tun?

**Prof. Schmidt:** Was auf einem relativ unbedeutenden Sektor des amerikanischen Finanzmarktes begann, durch Hypothekenkredite an zum Teil nicht kreditwürdige Personen, hat sich zu einer internationalen Bankenkrise ausgeweitet. Die Kreditinstitute haben die damit verbundenen, sehr unterschiedlichen Risiken gebündelt, verbrieft und weiterverkauft. Für die in weiteren Stufen des Wertpapierhandels beteiligten Käufer waren die in diesen Wertpapieren enthaltenen Risiken im Einzelnen oft nicht erkennbar.

Als der amerikanische Immobilienmarkt einbrach und ein großer Teil dieser Derivate rapide an Wert verlor, mussten die Kreditinstitute sehr umfangreiche Wertberichtigungen zulasten ihres Eigenkapitals vornehmen und gerieten dadurch z. T. in eine existenzbedrohende Situation. Durch die Entscheidung der

amerikanischen Regierung, den Konkurs von „Lehman Brothers“ nicht durch staatliche Intervention zu verhindern, sank das Vertrauen zwischen den Banken fast auf den Nullpunkt. Lehman Brothers galt bis dahin als ausgesprochen seriöses und kreditwürdiges Institut mit einer Spitzenbewertung. Die dadurch ausgelöste Vertrauenskrise brachte die äußerst wichtige Vergabe von Krediten innerhalb des Bankensystems fast völlig zum Erliegen. Man kann hier von einer Krise des Finanzkapitalismus sprechen.

> Die aktuelle Wirtschaftskrise wird häufig auf die Finanzkrise zurückgeführt. Sind die Probleme der Unternehmen tatsächlich durch die Kreditknappheit ausgelöst worden oder liegen hier noch andere Gründe vor?

**Prof. Schmidt:** Grundsätzlich steht genügend Geld für Kredite zur Verfügung. Dazu haben die Maßnahmen der Bundesbank und der Bundes- und Landesregierungen beigetragen. Wir haben in der



„Wir haben in der Realwirtschaft eine Konjunkturkrise, die sich bereits vor dem akuten Ausbruch der Finanzkrise angedeutet hatte.“

Prof. Dr. Reinhard Schmidt

Lesen Sie weiter auf Seite 2 >

## INHALT

- 2 Handeln in der Krise.  
Kurzfristiges Krisenmanagement oder nachhaltige Politik?
- 4 Umkehr zu einer weitsichtigen Politik.  
Gesellschaftlichen Reichtum für das Gemeinwesen einsetzen!



Fortsetzung von Seite 1 &gt;



„Angesichts der hohen Bedeutung eines funktionsfähigen Bankwesens für die Wirtschaft insgesamt ist die grundsätzliche Möglichkeit der Beteiligung des Staates an einzelnen Banken notwendig und richtig.“

Prof. Dr. Reinhard Schmidt

Realwirtschaft eine Konjunkturkrise, die sich bereits vor dem akuten Ausbruch der Finanzkrise angedeutet hatte. Davon betroffen sind insbesondere die Produzenten langlebiger Konsumgüter, wie z. B. Automobile. Dies führt tendenziell zu sinkenden Investitionen und damit eher zu geringerer Kreditnachfrage. Zeitlich verzögert trifft dies auch die Zulieferbetriebe und z. B. den Anlagen- und Maschinenbau.

Das Besondere an dieser Krise im Vergleich zu früheren ist die Tatsache, dass sie gleichzeitig und überall stattfindet und nicht regional oder auf einzelne Branchen begrenzt ist. Angesichts dieser konjunkturellen Situation sind die Banken vorsichtiger bei der Kreditvergabe und sehen bei der Bonitätsprüfung etwas genauer hin. Dazu sind sie verpflichtet. Das kann man ihnen grundsätzlich nicht vorwerfen, nachdem vorher kritisiert wurde, dass sie zu hohe Risiken eingegangen seien. Unternehmen mit positiver Prognose erhalten aber durchaus Kredite von den Banken.

> Die Rettungsmaßnahmen der Bundesregierung sind weitgehend kurzfristig ausgerichtet. Halten Sie diese für zielführend oder was muss geschehen, um aus dieser Krise wieder heraus zu einer stabilen Entwicklung zu kommen?

**Prof. Schmidt:** Man muss hier deutlich zwischen den Maßnahmen zur Rettung der Banken und anderen

konjunkturpolitischen Maßnahmen unterscheiden. Obwohl wir nicht genau wissen, wie „systemrelevant“ einzelne Banken sind, waren die kurzfristigen Maßnahmen zur Rettung der Banken sehr wichtig und richtig. Allerdings bin ich der Auffassung, dass man dabei durchaus entschiedener hätte vorgehen können und sollen. Angesichts der hohen Bedeutung eines funktionsfähigen Bankwesens für die Wirtschaft insgesamt ist die grundsätzliche Möglichkeit der Beteiligung des Staates an einzelnen Banken notwendig und richtig. Nicht zuletzt weil dann zumindest bei gelungener Rettung der Staat und damit die Steuerzahler zurecht auch an den Profiten beteiligt sind.

> Während es in den USA abgestufte Interventionsmöglichkeiten für die Bankenaufsicht gibt und diese auch verpflichtet ist, diese Möglichkeiten zu nutzen und umzusetzen, kann in Deutschland die Bankenaufsicht bisher erst so spät eingreifen, dass ihr meistens nur noch die Möglichkeit der Schließung einer Bank bleibt.

**Prof. Schmidt:** Hier wird sich einiges ändern. Da haben wir aus der Krise gelernt. Auch die Erfahrungen in Schweden aus der ersten Hälfte der 90er-Jahre zeigen, dass eine staatliche Beteiligung keineswegs einer professionellen, erfolgreichen Führung der Banken entgegensteht.

□ Das Gespräch führte Dr. Brigitte Bertelmann

## HANDELN in der Krise

Kurzfristiges Krisenmanagement oder nachhaltige Politik?



Wenn die Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute zutreffen, dass auch im nächsten Jahr noch keine deutliche Erholung der Wirtschaft zu erwarten ist, dann wird auch die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und eine weitere Entlastung der Arbeitgeber von Sozialabgaben für Kurzarbeitende ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit nicht verhindern.

> Das bisherige Krisenmanagement der Bundesregierung zeichnet sich überwiegend durch kurzfristige Maßnahmen aus. Spätestens seit der „Lehmann-Pleite“ und der daraufhin von der Bundeskanzlerin erklärten „Garantie“ für die deutschen Sparguthaben sah sich die Bundesregierung immer wieder zu kurzfristigen Notmaßnahmen gezwungen, „um noch viel Schlimmeres zu verhindern“. Der Garantie für die Sparguthaben folgten Garantien und Bürgschaften sowie in einigen Fällen auch Kapitalzuflüsse für Banken. Rettungsprogramme wurden auch in anderen europäischen Ländern und in den USA aufgelegt. Zu einer nachhaltigen Sanierung der Banken haben sie bisher nicht geführt.

In immer kürzeren Zeitabständen wurden immer größere Löcher offenbart. Die Frage, wie man gefährliche Papiere in einer „Bad Bank“ so „aus dem Verkehr ziehen“ kann, dass sich die Banken mit sauberen Bilanzen wieder auf ihr normales Geschäft konzentrieren können, ist bisher nicht zufriedenstellend gelöst. Auch die Frage, wie verhindert wird, dass allein auf die Steuerzahler Risiken in bisher unbekannter Höhe übertragen werden, bleibt ungeklärt. Da die anhaltende Bankenkrise eine zunehmende Belastung für die Wirtschaft darstellt, wird hier eine Einigung immer dringlicher.



Beim Krisenmanagement in Sachen Wirtschaftskrise wird versucht, die Folgen des massiven Nachfragerückgangs zumindest so weit auszugleichen, dass die Arbeitslosigkeit nicht noch stärker zunimmt und die Konsum- und Investitionsnachfrage nicht noch weiter absinkt. Mit der „Verschrottungsprämie“, die aus Steuermitteln gezahlt wird, scheint dies für einen Teil der Automobilbranche kurzfristig zu gelingen. Allerdings ist absehbar, dass hier in erheblichem Umfang Mitnahmeeffekte entstehen und vielfach ohnehin geplante Käufe allenfalls zeitlich etwas vorgezogen werden.

## Wir müssen neue Mobilitätskonzepte entwickeln

Unter ökologischen Gesichtspunkten ist die Abwrackprämie in mehrfacher Hinsicht kritisch zu betrachten. Sie bindet die Förderung des Neukaufs nicht an die Einhaltung ökologischer Standards. Aufgrund der Prämie werden auch durchaus noch gebrauchstüchtige Fahrzeuge verschrottet, was Anreize für einen noch höheren Ressourcenverbrauch für Mobilität gibt. Insgesamt setzt die Abwrackprämie eher ein Signal für die Stabilisierung der bestehenden Strukturen und keine Anreize für die beschleunigte Entwicklung ressourcen- und klimaschonender Mobilitätskonzepte und den Abbau der weltweit vorhandenen Überkapazitäten in der Automobilbranche.

Die so eingesetzten Mittel für eine kurzfristige Konjunkturstabilisierung, deren volkswirtschaftlicher Effekt durchaus fragwürdig bleibt, stehen also den langfristigen ökologischen und strukturpolitischen Zielen deutlich entgegen.

Wenn die Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute zutreffen, dass auch im nächsten Jahr noch keine deutliche Erholung der Wirtschaft zu erwarten ist, dann wird auch die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und eine weitere Entlastung der Arbeitgeber von Sozialabgaben für Kurzarbeitende ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit nicht verhindern.

Eher als Einmalzahlungen für Kinder sind langfristige wirksame Investitionen in Bildungseinrichtungen, Senkung des Energie- und Ressourcenverbrauchs und die weitere Erforschung und Entwicklung von größerer Energie- und Ressourceneffizienz in allen Branchen sinnvolle öffentliche Ausgaben. Gerade die vermeintlich begünstigten regionalen Handwerksbetriebe befürchten, dass eine zeitliche Befristung eher zu Wettbewerbsverzerrungen und einem kurzen Strohfeuer als zur nachhaltigen Stärkung der mittelständischen Wirtschaft beitragen wird.

## Nachhaltigkeit ist eine globale Aufgabe

Auf globaler Ebene wäre ein Technologie- und Wissenstransfer insbesondere bei Umwelttechnologien wichtig, um der globalen Klimabelastung effektiv entgegenwirken zu können. Das Bewusstsein, dass wir aufgrund der weltweiten wirtschaftlichen Verflechtung „in einem Boot sitzen“, hat sich durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise verstärkt. Gleichzeitig hat sich aber auch gezeigt, dass die globalen politischen Handlungsmöglichkeiten bei Weitem nicht ausgeschöpft werden. Die Erweiterung der G-8-Treffen auf einen G-20-Gipfel zur Beratung über die



Neben einem stabilen Finanzsystem gehört dazu auch eine neue Bewertung öffentlicher Güter. Sowohl für eine effektivere Kontrolle des Finanzsystems wie auch für die Finanzierung öffentlicher Aufgaben müssen die begonnenen Anstrengungen zur Schließung von Steueroasen und zur Schaffung von mehr Transparenz konsequent fortgesetzt werden.

Folgen der Finanzkrise ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Internationale Kooperationen für deutlich erhöhte Energieeffizienz und intelligente Netze zur Integration erneuerbarer Energiequellen sowie Investitionen in klimaschonende Produktionsverfahren auch in Schwellen- und Entwicklungsländern dürfen nicht mehr aufgeschoben werden. Hier könnten Millionen von grünen Arbeitsplätzen entstehen, die in den alten Produktionsstrukturen abgebaut werden.

Geboten ist auf nationaler und internationaler Ebene eine neue Verständigung über die Risiken und die Zukunftsfähigkeit verschiedener sozialer, ökonomischer und ökologischer Strukturen und Verhaltensweisen und darüber, wie entstehenden Risiken gemeinsam begegnet werden kann. Dafür ist jetzt ein Zeitfenster offen, das genutzt werden muss. Die Anstöße in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ sind dafür eine hervorragende Grundlage. Ihre Umsetzung ist eine Frage des politischen Willens und unserer Bereitschaft, uns dafür einzusetzen. Neben einem stabilen Finanzsystem gehört dazu auch eine neue Bewertung öffentlicher Güter. Sowohl für eine effektivere Kontrolle des Finanzsystems wie auch für die Finanzierung öffentlicher Aufgaben müssen die begonnenen Anstrengungen zur Schließung von Steueroasen und zur Schaffung von mehr Transparenz konsequent fortgesetzt werden. Zur Finanzierung globaler öffentlicher Güter müssen auch internationale Steuern sowie international vereinbarte Abgaben eingeführt werden. Die Erhebung von Steuern dort, wo Einkommen und Reichtum entstehen, ist neben dem sparsamen Umgang mit Haushaltsmitteln auch ein wichtiger Beitrag zur Begrenzung der öffentlichen Verschuldung. □ Dr. Brigitte Bertelmann

## LITERATUR

„Die Gier war grenzenlos. Eine deutsche Börsenhändlerin packt aus.“, von Anne T., Berlin, 2009, Ullstein Verlag

„Verheißung und Fluch des Reichtums“, von Frank Crüsemann. Ein Kapitel biblischer Theologie, in: Werkstatt Ökonomie (Hrsg.), „Reichtum und Armut als Herausforderung für kirchliches Handeln“, Heidelberg, 2002

„Leben in Fülle für alle – Zur Krise an den Finanzmärkten“, von Brigitte Bertelmann und Thomas Posern, Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung, Mainz, November 2008

„Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“, Hrsg.: BUND, Brot für die Welt, Ev. Entwicklungsdienst, Frankfurt am Main, November 2008, Fischer Verlag



Die Konzentration von Reichtum in den Händen weniger bedeutet zugleich eine Konzentration von Macht außerhalb der Kontrolle des demokratischen Gemeinwesens, die massiv zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung eingesetzt wird.

## UMKEHR zu einer weitsichtigen Politik

Gesellschaftlichen Reichtum für das Gemeinwesen einsetzen!

**> Reichtum ist ein vielschichtiges Phänomen: Geld und Kapital bieten Macht und die Möglichkeit, sich Dinge kaufen zu können – haben aber ihre Grenze an menschlichen Beziehungen. Viele Menschen empfinden sich als reich, obwohl sie über wenig Geld verfügen: Sie haben Familie, Freunde, leben ohne große gesundheitliche Einschränkungen. Freunde kann man sich nicht kaufen, wissen sie, Liebe auch nicht. Mit der Gesundheit ist das schon eine andere Sache. Wer krank wird und sich teure Medizin oder ärztliche Behandlung nicht leisten kann, bleibt krank. Arme Menschen sterben früher, weil sie unter schlechteren Arbeitsbedingungen zu leiden haben, sich oftmals ungesünder ernähren und geringere Chancen haben, Gesundheitsprävention zu betreiben.**

Der Sozialstaat versucht bisher mit Erfolg, diese Unterschiede in den Lebenslagen auszugleichen. Doch beobachten wir in der Bundesrepublik Deutschland, dass diese Ausgleichsleistung des Sozialstaates immer weniger gelingt. Die Armuts- und Reichtumsberichte von Bund und Ländern weisen regelmäßig eine Steigerung der Vermögenskonzentration am oberen Ende der sozialen und ökonomischen Gesellschaftspyramide aus sowie eine ebenfalls sich verstärkende Verarmung und Überschuldung am unteren Ende und eine schon krisenhaft zu nennende Auszehrung der Mittelschicht, die von geringer Aufstiegs-, aber deutlicher Abstiegsmobilität gekennzeichnet ist.

### Reichtum ist weder gut noch böse

Wie sich die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise auf das Gesellschaftsgefüge auswirken wird, ist noch nicht abzusehen. Weitere Spaltungstendenzen sind zu befürchten. Sinn des gesellschaftlich erwirtschafteten Reichtums ist es, für die Zukunfts- und Überlebensfähigkeit der ganzen Gesellschaft eingesetzt zu werden. Ökonomischer Reichtum ist „an sich“ weder positiv noch negativ. Es kommt darauf an, welche Funktion diesem Reichtum in einer Gesellschaft zugeschrieben wird und welche Funktion er tatsächlich ausübt.

Zunächst einmal ist Reichtum die Voraussetzung für die Entwicklung von Technik und Wissenschaft, für Kunst und Kultur, für menschliches Zusammenleben jenseits des Subsistenzniveaus. Er bildet die Voraussetzung für Investitionen. Reichtum kann allerdings auch nur zur Steigerung seiner selbst verwendet werden. Die ehemalige Brokerin Anne T., die kürzlich unter einem Pseudonym ein Buch über die Praxis im Derivatehandel veröffentlicht hat, schreibt im Epilog: „Warum taten wir das alles? ... heute lautet meine Antwort: Wir hatten Aussicht auf immense Gewinne, Bonuszahlungen, ohne die Konsequenzen unseres Handelns tragen zu müssen. Wir konnten nicht persönlich haftbar gemacht werden. Für eventuelle Risiken hatten andere aufzukommen ... Diese Aufspaltung von Haftung und Gewinnchancen war eine desaströse Mischung ... Die Gier der Aktionäre

und der Anleger befeuerte die der Broker“ (siehe Literaturliste S. 3).

Der Bericht aus der Szene des internationalen Handels auf den Kapitalmärkten zeigt die Spitze des Eisberges. Die politisch durchaus gewollte und gesteuerte Entwicklung der vergangenen Jahre hat die Konzentration von Kapital in den Händen weniger massiv gefördert: durch gezielte Steuererleichterungen für Vermögen und hohe Einkommen, durch die faktische Duldung von illegalen Geschäften und Steuerhinterziehung unter Ausnutzung so genannter Steuer-oasen, durch die Verweigerung einer Kontrolle der internationalen Finanzmärkte.

Doch die Befeuerung der Wirtschaft durch das muntere Geschäft auf den internationalen Finanzmärkten hatte einen hohen Preis: Die Spaltung der Gesellschaften, tendenziell auch in der Bundesrepublik Deutschland. Das Versprechen wirtschaftlicher Prosperität durch Liberalisierung der Wirtschaft und die weitgehende Zurückdrängung (sozial)staatlicher Regelungsmechanismen hat viele geblendet. Die Konzentration von Reichtum in den Händen weniger bedeutet zugleich eine Konzentration von Macht außerhalb der Kontrolle des demokratischen Gemeinwesens, die massiv zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung eingesetzt wird.

### Wer den Armen gibt, hat keinen Mangel

Dadurch allerdings entlarvt sich die Theorie von den positiven Funktionen des Reichtums in privaten Händen als pure Ideologie! Reichtum – auch privater – hat nur dann positive wirtschaftliche Funktionen für das Gemeinwesen, wenn er unter demokratischer Kontrolle und transparent für alle in Bahnen gelenkt wird, wo er für das Gemeinwesen fruchtbar werden kann. Um diesen Zweck zu erreichen, hat der Sozialstaat Instrumentarien zur Verfügung wie die Steuer- und Sozialpolitik.

Auch nach biblischem Verständnis wird Reichtum positiv gesehen – allerdings nur gepaart mit Gerechtigkeit! „Aus Gottes Gaben und menschlicher Arbeit entsteht Reichtum, die Partizipation aller an diesem Reichtum, Gerechtigkeit also, führt zu Segnung der Arbeit, und so zu vermehrtem Wohlstand“ (Crüsemann, siehe Literaturliste S. 3). „Nicht Festhalten, was man hat, und Abgrenzung vermehrt Wohlstand und Reichtum, sondern Teilhabe und Öffnung. „Wer dem Armen gibt, hat keinen Mangel“ (Sprüche 28,27) (ders.).

Jetzt kommt es darauf an, ob wir in Deutschland wie in der Weltgemeinschaft auf diese uralten biblischen Weisheiten zurückgreifen: Wollen wir weiter den Reichtum von wenigen steigern und die Ausgrenzung von großen Mehrheiten national und weltweit in Kauf nehmen, mit allen sozialen und politischen Folgen, die das für den Frieden haben wird, oder wollen wir umkehren zu einer klugen und weitsichtigen Politik, die alle an den Segnungen des Reichtums teilhaben lässt und so zu Frieden und Zukunftsfähigkeit beiträgt?

□ Pfarrer Dr. Thomas Posern

## IMPRESSUM

Verantwortlich:  
Zentrum Gesellschaftliche  
Verantwortung der EKHN,  
Margit Befurt, Albert-  
Schweitzer-Str. 113–115,  
55128 Mainz

Redaktion: Margit Befurt,  
Dr. Brigitte Bertelmann  
Telefon: 06131 2874442,  
Fax: 06131 2874411  
E-Mail: m.befurt@zgv.info

Bilder:  
1 Gramambo/photocase.com  
1 privat  
2 krockenmitte/photocase.com  
2 AndreasF./photocase.com  
3 #censored#/photocase.com  
4 Holger Giebeler

Layout: Holger Giebeler  
www.giebelerdesign.net  
Druck: Lautertal-Druck  
Auflage: 4.000

